

Humboldt-Universität zu Berlin

Philosophische Fakultät I

Institut für Geschichtswissenschaften (IfG)

Bibliotheken zwischen Bildungsboom und Bildungskrise

Zur Entwicklung des wissenschaftlichen Bibliothekswesens

in den 1970er und 1980er Jahren

von

Matti Stöhr

Okerstr. 11, 12049 Berlin

Matr.Nr.: 196610

matti.stoehr@ibi.hu-berlin.de

Dozent: Prof. Dr. Hartmut Kaelble

Seminar: HS 51492 „Die 1970er und 1980er Jahre in Europa“

Wintersemester 2009/10

Abgabedatum: 01.03.2010

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	2
2 Bibliotheken während des Bildungsbooms	4
2.1 Grundzüge der Bildungspolitik als Sozialpolitik.....	4
2.2 Bibliothekspolitik – Boom der Bibliotheksplanung	6
2.3 Bibliotheksstruktur – Die neue Einschichtigkeit	9
2.4 Bibliotheksarbeit – Mehr Effizienz und Dienstleistung durch EDV	11
3 Bibliotheken während der Bildungskrise	14
3.1 Grundzüge der Ursachen und Folgen der Bildungskrise	14
3.2 Bibliothekspolitik – Wandel im Planungsverständnis	16
3.3 Bibliotheksstruktur – Wunsch und Wirklichkeit der Umstrukturierungen.....	17
3.4 Bibliotheksarbeit – Folgen der Ökonomisierung des Bibliotheksbetriebs	19
4 Bibliotheken zwischen Boom und Krise in internationaler Perspektive – Die Beispiele England und Schweden	20
4.1 Bildungspolitik – Zwischen Gleichheitsanspruch und Effizienz.....	20
4.2 Bibliothekspolitik – Zwischen Förderung und Forderungen.....	24
4.3 Bibliotheksstruktur – Zwischen Autonomie und Kooperation	27
4.4 Bibliotheksarbeit – Zwischen Tradition und Innovation	29
5 Schlussbetrachtung	32
6 Literaturverzeichnis	34

1 Einleitung

Ab Mitte der 1960er Jahre erlebte der Bildungssektor in der Bundesrepublik Deutschland eine Dekade lang einen regelrechten Boom, der strukturelle Reformen und weitreichende Investitionen in diesen Sektor einschloss.¹ Der Aufschwung im Bildungswesen nahm bereits Mitte der 70er Jahre ein jähes Ende, als Ölpreisschock und wirtschaftliche Rezession eine Verschiebung der politischen Prioritäten zugunsten der Ökonomie einleitete. Angesichts fortwährender Bildungsdebatten, welche im Kern seit jener Zeit von den gleichen Themen durchdrungen sind, Demokratisierung von Bildungsstrukturen, Verbesserung von Bildungsbedingungen, Schaffung von Chancengleichheit etc., ist das Thema hochaktuell. Bibliotheken, deren Kernaufgabe es ist, Wissen und Informationen in jedweder Trägermedienform, sei es nun gedruckte Bücher, Zeitschriften, CD-ROMs, Datenbanken oder andere, zu sammeln, zu erschließen und verfügbar zu machen, waren und sind direkt davon betroffen.

Mit der vorliegenden Arbeit ist daher das Ziel verbunden, die Entwicklung des westdeutschen Bibliothekswesens in der Boom- wie in der Krisenphase daraufhin zu untersuchen, inwiefern jene Perioden einen Umbruch für diese Bildungsinstitutionen darstellte. Mit einer beispielhaften Betrachtung der Bildungs- und Bibliothekssysteme der Länder England und Schweden,² soll ferner überprüft werden, ob ein Wandel auch auf europäischer Ebene stattgefunden hat.

In der Darstellung wird der Schwerpunkt auf die Situation im wissenschaftlichen Bibliothekswesen, insbesondere im Hochschulbibliothekswesen, gelegt. Um deutliche Entwicklungslinien für den Untersuchungszeitraum von 1965 bis 1985 mit Fokus auf die 70er Jahre, herauszuarbeiten, liegt das Hauptaugenmerk der Untersuchung auf drei Aspekten:

1. Bibliothekspolitik – Welche Kontinuitäten und Veränderungen gab es bzgl. des planerischen Handelns im wissenschaftlichen Bibliotheksbereich?

¹ Vgl. zum deutschen Bildungswesen nach dem Zweiten Weltkrieg grundlegend Führ, C. (1997). Deutsches Bildungswesen seit 1945. Grundzüge und Probleme, Neuwied: Luchterhand.

² Grund für diese Länderauswahl: England (Schottland und Nordirland haben autonome Bildungssysteme) und insbesondere Schweden gelten als Vorreiter und Vorbilder von Wohlfahrtsstaatlichkeit und Bildungsreformen, an welchen sich die Bundesrepublik orientierte. Vgl. Kap. 4.1.

2. Bibliotheksstruktur – Mit welchem Ziel und Erfolg wurden neue Strukturkonzepte in Bibliotheken umgesetzt?
3. Bibliotheksarbeit – Welche Auswirkungen hatte die Entwicklung der Elektronischen Datenverarbeitung (EDV) auf die bibliothekarische Praxis?

Diese Auswahl sollte für die Untersuchung des Wandels im Bibliothekswesen im Rahmen einer Hausarbeit hinreichend sein. Dennoch sind weitere Aspekte für die Untersuchung denkbar: So zum Beispiel die Entwicklungen der bibliothekarischen Ausbildung oder im Bibliotheksbau.

Für den betreffenden Zeitraum, spiegeln eine Fülle von Publikationen den bibliothekarischen Fachdiskurs wieder. In den Fachdebatten unzähliger Beiträge in bibliothekarischen Fachzeitschriften und Planungspapieren,³ welche zumeist von Bibliothekaren, also Praktikern, verfasst wurden, schlägt sich eine fortlaufende, kritische Selbstreflexion des Berufsstandes nieder. Eine ernsthafte historische Auseinandersetzung ist jedoch erst mit zeitlichem Abstand möglich. So stütze ich mich insbesondere auf die Beiträge eines 2008 erschienenen Sammelbandes, in welchem erstmals zusammenhängend die Entwicklung der Bibliotheken in den beiden Dekaden diskutiert wurde.⁴ Dabei ist die Darstellung subjektiv-persönlicher Erfahrungen der Autoren durch ihren Status als aktive Zeitzeugen, zu bedenken. Unabhängig davon wird nachvollziehbar dargelegt, dass die heutige Bibliothekspraxis stark von den Verhältnissen der 70er und 80er Jahre Entwicklung beeinflusst ist. Insofern ist von einem lang anhaltenden Wandel im Bibliothekswesen auszugehen.

Mit der vorliegenden Arbeit wird das Ziel verfolgt, die bibliothekarischen Entwicklungslinien im engen Zusammenhang mit der allgemeinen Bildungspolitik zu betrachten. Aus diesem Grunde ist jedem Kapitel, ein Abriss derselben vorangestellt.

³ Im Zentrum der vorliegenden Untersuchung steht die Entwicklung und Ergebnisse des Bibliotheksplans von 1973. Vgl. Deutsche Bibliothekskonferenz (1973). Bibliotheksplan '73. Entwurf eines umfassenden Bibliotheksnetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin: Deutsche Bibliothekskonferenz. URL: http://www.bibliotheksportal.de/fileadmin/0bibliotheken/Bibliothek_der_Zukunft/dokumente/bibliothek_splan1973.pdf [Zuletzt geprüft am 19.02.2010].

⁴ Vodosek, P. und Arnold, W. (Hrsg.) (2008). Auf dem Wege in die Informationsgesellschaft. Bibliotheken in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts, Wiesbaden: Harrassowitz.

2 Bibliotheken während des Bildungsbooms

2.1 Grundzüge der Bildungspolitik als Sozialpolitik

Wirtschaftliches Wachstum, Vollbeschäftigung und Preisstabilität sind im Zuge der Politik der Sozialen Marktwirtschaft in der Adenauer-Ära selbstverständlich geworden. Die bundesdeutschen Bürger erholten sich zusehends von der Kriegs- bzw. Nachkriegszeit. Das sogenannte Wirtschaftswunder brachte eine Verbesserung des Lebensstandards, an welchen man sich nur zu gerne gewöhnte.

Vor diesem Hintergrund begann sich in den 60er Jahren das „sozialpolitische Anspruchsniveau“ auszuweiten. Damit verbunden, setzte ein grundlegender Wandel im geistig-kulturellen und politischen Gesamtklima in der Bundesrepublik ein, der die Linien zwischen Bildungs- und Sozialpolitik konvergieren ließ.⁵ Der Bildungssektor rückte in den Fokus wissenschaftlicher sowie gesellschaftspolitischer Debatten und Handlungsweisen. In der Mitte der 60er Jahre veröffentlichte Georg Picht seine Beschreibung einer drohenden „Bildungskatastrophe“ und formulierte darin die These, dass Bildungsnotstand gleichzeitig Wirtschaftsnotstand hieße.⁶ Bildungswissenschaftler wie Picht kamen anhand von Studien zur Bildungsökonomie und Bildungsplanung zum Ergebnis, dass innerhalb weniger Jahre – gemessen an der festgestellten, geringen Quote von Hochschulzugangsberechtigten sowie der hohen Zahl ungelerner Facharbeiter – ein irreversibles Bildungsdefizit drohe. Internationale Vergleiche des Europarats, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Europäischen Gemeinschaft (EG), hatten die deutsche Vorstellung von der Rückständigkeit des Bildungswesens im Verhältnis zur wirtschaftlichen Entwicklung verstärkt. Der Soziologe und Politiker Ralf Dahrendorf mahnte in diesem Zusammenhang eine neue, „aktive Bildungspolitik“ an,

⁵ Vgl. Rudloff, W. (2008). Bildungspolitik als Sozial- und Gesellschaftspolitik. Die Bundesrepublik in den 1960er- und 1970er-Jahren im internationalen Vergleich. In Boll, F. und Kruke, A. (Hrsg.), Der Sozialstaat in der Krise, Bonn: Dietz., S. 240.

⁶ Vgl. Picht, G. (1964). Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, Olten, Freiburg i. Br.: Walter., S. 17.

in welcher Bildung als Bürgerrecht aufgefasst werden solle.⁷ Die Sozialpolitik sollte nicht mehr retropektives Verteilungsinstrument sein, sondern sich präventiv für Gesamtveränderungen in der Gesellschaftsstruktur interessieren.⁸ Parallel dazu wurde der Bildungspolitik ein entscheidender Beitrag zur Beseitigung ungleicher Chancen, im Sinne des Abbaus sozialer Benachteiligungen, zugeschrieben. Der Abbau sozialer „Bildungsbarrieren“ wurde zur Standardforderung des bildungspolitischen Fachdiskurses. Die neue Disziplin der „Bildungsökonomie“ vermittelte mit Erfolg der Politik die Überzeugung, dass Bildungsausgaben nicht als Konsum, sondern als Zukunftsinvestitionen zu betrachten seien.⁹

Ihren Höhepunkt erreichte die Bildungsexpansion während der von Bundeskanzler Willy Brandt angeführten, sozial-liberalen Regierungsperiode zwischen 1969 und 1974. In seiner Regierungserklärung am 28.10.1969 hob der SPD-Politiker Bildung, Wissenschaft und Forschung als die primären Felder staatlicher Reformtätigkeit hervor.¹⁰ Das Statement Brandts setzte ein markantes Signal hinsichtlich eines zukunftsoptimistischen, von technokratischer Planbarkeit bestimmten, (bildungs-)politischen Handelns. Bereits vor dem Amtsantritt Brandts, erweiterte man mit der Novellierung des Grundgesetz-Artikels GG 91b, die Kompetenzen des Bundes im Bildungsbereich und machte so eine Zusammenarbeit mit den Ländern, Inhaberinnen der Bildungshoheit, möglich. Ferner wurde am 1. September 1969 das Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe Ausbau und Neubau von Hochschulen, auch Hochschulbauförderungsgesetz (HBFUG) genannt, aus der Taufe gehoben. Mit diesem Gesetz begann von Seiten des Bundes die flächendeckende Neustrukturierung der Finanzierung des Hochschulbildungswesens.¹¹

⁷ Vgl. Dahrendorf, R. (1965). *Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik*, Nannen: Hamburg.

⁸ Vgl. Rudloff 2008, S. 242.

⁹ Vgl. ebd., S. 243f.

¹⁰ Vgl. Beyme, K. von (1979). *Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt*, München u.a.: Hanser. S. 251-281.

¹¹ Die staatlichen Bildungsausgaben verdreifachten sich von 15,7 Mrd. DM (1965) auf 44,6 Mrd. DM (1973). Mit der Einrichtung Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft (1969) und der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (1970) wurden Instrumentarien geschaffen, welche mit dem Deutschen Bildungsrat (1965), die Kulturministerkonferenz bei länderübergreifenden Aufgaben unterstützen und umfassende Strukturreformen einleiten sollte. Vgl. Anweiler, O. (1996). *Deutschland*. In Anweiler, O.; Boos-Nünning, U.; Brinkmann, G.; Glowka, D. und Goetze, D. (Hrsg.), *Bildungssysteme in Europa*, Weinheim: Beltz, S. 34f.

Inbesondere die Hochschulen profitierten, nicht zuletzt im Zuge der Umsetzung des HBFVG, vom Bildungsboom.¹² Zudem wurde in der zweiten Hälfte der 60er Jahre damit begonnen, neue Hochschultypen zu erproben: Seit 1968/69 richtete man im großen Stil berufsbildungsbezogene Fachhochschulen (FH) mit Konzentration auf die Lehre ein. Es waren außerdem Dutzende ausbildungsübergreifende Gesamthochschulen geplant, von denen später jedoch lediglich fünf – vier in Nordrhein-Westfalen und eine in Hessen – realisiert wurden. Mit der Fern-Universität Hagen wurde erstmals eine Einrichtung geschaffen, welche ein vollwertiges Studium unterschiedlichster Fächer von zu Hause aus ermöglichte.

Die Situation massiver Studierendenproteste an den „alten“ Universitäten, forcierte die Hochschulreformen. Beispielhafte Ergebnisse des Strebens nach mehr Mitbestimmung und besseren Studienbedingungen waren vielerorts die Einführung des Paritätsprinzips in der Entscheidungsfindung sowie die Erarbeitung verbindlicher Studien- und Prüfungsordnungen. Letzteres wurde vor allem deshalb nötig, weil die Anzahl der Schulabgänger mit Hochschulreife und damit einhergehend die Studienanfänger rasant anstiegen.¹³ Bildung und Wissenschaft erhielten somit eine neue Priorität, verknüpft mit hohen Erwartungen an Wirtschaftskraft und Leistungsfähigkeit.

2.2 Bibliothekspolitik – Boom der Bibliotheksplanung

Durch das Wachstum der Studierendenzahlen bekamen die Hochschulbibliotheken zunehmend Probleme, eine adäquate Literaturversorgung sicher zu stellen. Zudem stellten das exponentiell wachsende Publikationsaufkommen und die offensichtlich zu dessen Bewältigung nicht mehr ausreichenden, traditionellen Arbeitsinstrumentarien, das Bibliothekswesen in Frage.¹⁴ Der bildungspolitische Zeitgeist hinsichtlich der Sozialutopie von einem besseren und gerechten Leben, spiegelte sich gleichzeitig im bibliothekarischen Denken und Handeln wieder: Im Anspruch

¹² Zwischen 1960 und 1980 wurden allein 24 Universitäten gegründet, zumeist mit dem Anspruch, Modellcharakter für die Reform von Lehre und Forschung zu entwickeln. Zur Entwicklung der Hochschulen vgl. überblicksartig: Teichler, U. (2005). Hochschulstrukturen im Umbruch. Eine Bilanz der Reformdynamik seit vier Jahrzehnten, Frankfurt: Campus-Verl.

¹³ Von 12% Mitte der 60er Jahre auf 20% im Jahre 1973. Vgl. ebd., S. 39.

¹⁴ Vgl. Mittler, E. (2008). Bibliotheksplan Baden-Württemberg. Ziele und Ergebnisse. In Vodosek, P. und Arnold, W. (Hrsg.), Auf dem Wege in die Informationsgesellschaft, Wiesbaden: Harrassowitz, S. 82.

der Schaffung von Chancengleichheit durch unbeschränkten, möglichst barrierefreien Zugang zu Information und Kultur.¹⁵

Daher wurden auch die Bemühungen um Koordinierung, Bündelung und Vereinigung bibliothekarischer Interessenvertretung und Vereinsarbeit, zwischen wissenschaftlichem und öffentlichem Bibliothekswesen, intensiviert. Es wuchs die Vision einer gemeinsamen Bibliothekspolitik heran, die bis heute auf Planung und Organisation des Bibliothekswesens einwirkt.¹⁶ Die Einsicht in den Sinn und Nutzen von spartenübergreifender, partnerschaftlicher Kooperation, schlug sich in Folge der politischen Aufbruchsstimmung der 60er Jahre in konkreten Annäherungsbestrebungen nieder. Diese mündeten 1973 in der Gründung des Deutschen Bibliotheksverbandes (DBV) und der Vorstellung eines nationalen Bibliotheksplans im selben Jahr.¹⁷

Die Planentwicklung hatte eine lange Vorgeschichte. 1966 war die vieldiskutierte Schrift "Grundlagen für die bibliothekarische Regionalplanung" erschienen, welche die *Kommission der Arbeitsstelle für das Büchereiwesens* des Deutschen Büchereiverbandes, herausgegeben hatte.¹⁸ Diese Schrift behandelte sowohl bildungspolitische als auch raumplanerische Aspekte, die sich jedoch vor allem auf öffentliche Bibliotheken und ihren Ausbau bezogen. Daneben waren Staats-, wissenschaftliche Stadt- und Regionalbibliotheken als zu fördernde Teile einer

¹⁵ Forderungen solcher Art wurden besonders von der SPD-Kulturpolitik aufgegriffen. Angesichts der starken staatlichen Finanzkraft zu Beginn der 70er Jahre, entstand die Programmatik „Kultur für Alle“ Vgl. Dankert, B. (2008). Von der Vielfalt zur Einheit. Von der Deutschen Bibliothekskonferenz zur Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände. In Vodosek, P. und Arnold, W. (Hrsg.), Auf dem Wege in die Informationsgesellschaft, Wiesbaden: Harrassowitz, S. 239.

¹⁶ Vgl. ebd.

¹⁷ Die Deutsche Bibliothekskonferenz machte wenige Jahre zuvor die ersten Schritte zur Kooperation zwischen Personal- und Institutionsverbänden sowie zwischen den Bibliothekssparten. Enge Grenzen erfuhren sie in der föderativen und kommunalen Regulierung, deren Überwindung lange Zeit unmöglich erschien. Die Vorgängerinstitution, der Deutsche Büchereiverband, in welchem sich ausschließlich die öffentlichen Bibliotheken organisiert hatten, wurde zugunsten einer Organisation aller Bibliothekssparten „unter einem Dach“ in Sektionenstrukturen, aufgelöst. Vgl. zur Geschichte des DBV ausführlich Kuhlmann, H. J. (1998). Vom deutschen Büchereiverband zum Deutschen Bibliotheksverband 1849 bis 1973. In Ruppelt, G. (Hrsg.), Bibliothekspolitik in Ost und West, Frankfurt a.M.: Klostermann, S. 5-32. sowie Kuhlmann, H. J. (1998). Der Deutsche Bibliotheksverband 1973 bis 1991. In Ruppelt, G. (Hrsg.), Bibliothekspolitik in Ost und West, Frankfurt a.M.: Klostermann, S. 33-64.

¹⁸ Ich folge hier der Analyse Konrad Umlaufs. Vgl. Umlauf, K. (2008). Bibliotheksplan 1969 und Bibliotheksplan 1973. Anspruch und Realisierung. In Vodosek, P. und Arnold, W. (Hrsg.), Auf dem Wege in die Informationsgesellschaft, Wiesbaden: Harrassowitz, S. 27–80., S. 27-36.

regionalen Bibliothekslandschaft vorgesehen. Die in den „Grundlagen“ festgehaltenen quantitativen Standards wurden jedoch kaum begründet und erscheinen recht willkürlich. Man verzichtete auf die Nennung konkreter Details; wohl um möglichst flexiblen Handlungsspielraum zu haben. Dem Papier ist zu Gute zu halten, dass sich in ihm erstmals die Vorstellung von offener, kooperativer Zusammenarbeit in netzartigen Strukturen entwickelte. Im Rückblick ist dieses jedoch als illusorisch und realitätsfern zu werten.

Im Jahre 1969 wurde vom selben Gremium der nächste Plan veröffentlicht. Der Deutsche Bucherverband verfolgte als Auftraggeber das Ziel, mit der Schaffung neuer Kommunikations- und Planungsstrukturen im öffentlichen Bibliothekswesen, auf die Akzeptanz von fachlichen Standards seitens der Unterhalts- und Entscheidungsträger, einzuwirken.¹⁹ Der Verband deutscher Bibliothekare (VDB), zuständig für die Interessenvertretung des wissenschaftlichen Bibliothekspersonals, befürwortete den *Bibliotheksplan '69*, verlangte aber zugleich, angesichts der erneuten geringfügigen Berücksichtigung der wissenschaftlichen Bibliotheken, den Ausbau der Forschungsbibliotheken bzw. des wissenschaftlichen Bibliothekswesens allgemein.²⁰ Im Plan wurde die Vorstellung eines arbeitsteiligen Netzes aus organisatorisch selbständig bleibenden Bibliotheken als gemeinschaftliche Aufgaben von Gemeinden, Kreisen und Länder weiterentwickelt, indem die Form und Art der Netzbildung den Unterhaltsträgern vorbehalten wurde.²¹

Mit dem *Bibliotheksplan '73* wurde schließlich das Planungskonzept geändert, da die Vorgänger weitestgehend wirkungslos blieben. Die Perspektive einer allgemeinen Strukturplanung stand nicht mehr im Zentrum, sondern die konkrete Aufzählung von Funktionen und quantitativen Standards. Initiator und Urheber war erneut die Deutsche Bibliothekskonferenz mit der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der bibliothekarischen Personal- und Institutionsverbände, welche nun auch die wissenschaftlichen Bibliotheken einband.²² Damit war der Plan das erste nationale

¹⁹ Vgl. Umlauf2008, S. 38f.

²⁰ Vgl. ebd.

²¹ Vgl. ebd. S. 41.

²² Konkrete Vorschläge zur Einbeziehung wissenschaftlicher Bibliotheken kamen vom VDB, bereits 1970 als Kommentar zum Bibliotheksplan '69. Es waren außerdem Vertreter von DFG und vom Bildungsministerium dabei. Die KMK hatte 1971 eine Empfehlung zum Ausbaus eines leistungsfähigen, kooperativen Bibliotheksnetzes ungeachtet von Träger und Aufgaben" herausgegeben. Insofern ließe sich der Plan als fachliche Konkretisierung der politischen Empfehlungen begreifen. Vgl. Umlauf2008, S. 44ff.

Steuerungsinstrument im westdeutschen Bibliothekswesen.²³ Der Vernetzungsgedanke blieb weiterhin Planungsgrundlage, man verfolgte nun jedoch einen zunehmend differenzierteren Ansatz der institutionsbezogenen Literatur- und Informationsversorgung.²⁴ Einerseits gab es eine fallende Entwicklungslinie vom Konkreten zum Unkonkreten – von der Forderung neuer Organisationsformen (regionale Büchereisysteme) über Kooperationskonzepte bis hin zu vagen Kooperationsforderungen. Andererseits wurde das präsentierte Datenmaterial immer konkreter und ausführlicher. Anhand von Richtzahlen (idealer Buchbestand pro Kopf usw.) wurde auf dem Reißbrett das ideale Bibliothekswesen entwickelt. Der *Bibliotheksplan '73* genoss in der Tat eine breite Rezeption und Einbeziehung in Regional- und Lokalplanungen. Von der zeitgenössischen Fachöffentlichkeit wurde der Plan gefeiert und auch Jahrzehnte später mehrheitlich als positiv bewertet, nicht zuletzt deshalb, weil dieser nach der Wiedervereinigung im Zusammenhang mit der Eingliederung des Bibliotheken der ehemaligen DDR, adaptiert wurde.²⁵

2.3 Bibliotheksstruktur – Die neue Einschichtigkeit

Die Bibliothekspläne sahen grundlegende Strukturveränderungen vor. Diese waren im wissenschaftlichen Bibliothekswesen nicht zuletzt deshalb notwendig geworden, weil sich das Hochschulsystem insgesamt im Umbruch befand.²⁶ An fast allen der neugegründeten Hochschulen (Universitäten, Gesamthochschulen, Fachhochschulen), wurden einschichtige Bibliothekssysteme aufgebaut. Dieser neue Ansatz stellte eine mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattete Zentralbibliothek in den Mittelpunkt, welche die wichtigsten bibliothekarischen Aufgaben für das gesamte Hochschulbibliothekssystem in Kooperation mit den Fach- bzw. Institutsbibliotheken wahrnahm.²⁷ Dieser Weg bedeutete in Theorie und Praxis für die Institutsbibliotheken einen

²³ Vgl. Dankert2008, S. 250.

²⁴ Vgl. Umlauf2008, S. 54f.

²⁵ Dies geschah mit dem Papier *Bibliotheken '93*. Vgl. Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände (1994). *Bibliotheken '93. Strukturen - Aufgaben - Positionen*, 1. Aufl., Berlin: Dt. Bibliotheksinstitut. URL: http://www.bibliotheksportal.de/fileadmin/0bibliotheken/Bibliothek_der_Zukunft/dokumente/bibliothek_en93.pdf [Zuletzt geprüft am 19.02.2010].

²⁶ Vgl. Kapitel 2.1.

²⁷ Vgl. hierzu ausführlich Wang, J. (1990). *Das Strukturkonzept einschichtiger Bibliothekssysteme. Idee und Entwicklung neuerer wissenschaftlicher Hochschulbibliotheken in der Bundesrepublik Deutschland*, München: Saur. (Beiträge zur Bibliothekstheorie und Bibliotheksgeschichte; Band 4).

Verlust an Autonomie, was zu einer ideologisch geprägten Auseinandersetzung unter den Bibliothekaren führte. Der Kampf entzündete sich nicht an der Notwendigkeit von Strukturveränderungen, sondern am Weg dorthin, welchen Umfang diese haben und welche Bereiche es treffen sollte: Konservativ eingestellte Bibliothekare waren der Ansicht, dass diese im Rahmen der Zweischichtigkeit passieren sollten. Progressive Fachkollegen waren der Meinung, einhergehend mit der Forderung von mehr empirischer Bibliotheksforschung, dass die Strukturveränderungen die Zweischichtigkeit selbst treffen müsse.²⁸ Dabei waren zentrale Kernpunkte der Umstrukturierungspläne und -maßnahmen bei beiden Parteien gleichermaßen die Aufstellung der Bücher, Managementfragen sowie die Vernetzung.

In den neugegründeten Hochschulbibliotheken setzte man ausschließlich das einschichtige System um und führte flächendeckend die systematisch geordnete Freihandaufstellung ein. Auf vorbereitenden Studienreisen, insbesondere in die USA, hatten sich leitende Bibliotheksdirektoren vom "Naturrecht auf Autopsie" überzeugen lassen. Das Hauptziel in der Abkehr von der überwiegenden Magazinierung des Bestandes bestand in der Stärkung des Selbstbestimmungsrechts der Nutzer bei der Literatursuche. Die Freihandaufstellung wurde zum generellen Trend, dessen sich auch die „Altbibliotheken“ - trotz baulicher Einschränkungen – auf Dauer nicht entziehen konnten.²⁹ Die Freihandaufstellung war jedoch nur ein kleiner Teil des anvisierten strukturellen Umbaus von Bibliotheken. Die Integration von Betriebsabläufen stand im Fokus. Das Medium Buch wurde zu einem Werkstück im Arbeitsprozess, dessen Bearbeitungsstand jederzeit verfolgt werden kann.³⁰ Die Elektronische Datenverarbeitung (EDV) war der Nukleus dieser Entwicklung. Diese beeinflusste zunehmend die internen Betriebsabläufe und Katalogformen. Der Sprung von lokalen Bibliothekssystemen zur Verbänden und eine internationale Vernetzung zwecks gemeinsamer Datenbank- und Regelwerkpflege, wurden so möglich. Hier von waren die Neugründungen besonders beeinflusst, denn diese loteten das Verhältnis von

²⁸ Vgl. Jochum, U. (2008). Erfolgreiches Scheitern. Alte und neue Bibliotheken in den 1970er und 1980er Jahren. In Vodosek, P. und Arnold, W. (Hrsg.), Auf dem Wege in die Informationsgesellschaft, Wiesbaden: Harrassowitz, S. 152f., sowie Jochum, U. (2007). Kleine Bibliotheksgeschichte, Reclams Universal-Bibliothek (Band 17667), 3., verb. und erw. Aufl., Stuttgart: Reclam., S. 187ff.

²⁹ Vgl. Jochum2008, S. 154.

³⁰ Vgl. ebd., S. 155f.

Geschäftsgang und EDV mit ihrem Bau aus, was zur sofortigen Einsicht in das neue Strukturmodell der Einschichtigkeit führte.³¹

Die Entstehung der Fachhochschulbibliotheken war eng mit der Hochschulreform verknüpft, da mit den Fachhochschulen eine neue Bildungsinstitution entstand, welche sich nahezu ausschließlich auf Lehre bzw. Berufsausbildung konzentrierte.³² Der Zustand der Bibliotheken der Vorgängereinrichtungen, vorwiegend Ingenieursschulen, wurde als verheerend bewertet: Personalmangel, unbrauchbare Kataloge, unzureichender Etat, chaotische Dreiteilung in Lehrbuchsammlung, Dozentenbücherei (auch zur Ausleihe für Studierende), Dozentenhandbücherei als Präsenzbibliothek. Kurzum: Die Ausgangslage war mangelhaft.³³ Eine hochdetaillierte Planung sah in der Verbesserung der Literaturversorgung die Hauptaufgabe. Die traditionellen Merkmale der Bibliothekstypologie (Trägerschaft, Rechtsform, Zielgruppe, Versorgungsbereich, Niveau, Bestandsprofil, Dienst und Arbeitsrecht) reichten nicht aus um die Fachhochschulbibliotheken von den Universitätsbibliotheken zu unterscheiden, daher sind weitere Ausprägungen zu nennen.³⁴ Einschichtigkeit als Grundprinzip und die sofortige Freihandaufstellung waren die Eckpfeiler. Die Hauptunterschiedsmerkmale bildeten sich im Rahmen des eingeschränkten Fächerspektrum der FHs hinsichtlich der Erwerbung aktueller, praxisbezogener Literatur, regelmäßigen Aussonderungen und eine enge Kooperation mit den Fachbereichen, heraus.

2.4 Bibliotheksarbeit – Mehr Effizienz und Dienstleistung durch EDV

Die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) begann an wissenschaftlichen Bibliotheken Anfang der 60er Jahre mit den ersten Projekten zur Automatisierung von institutionellen Geschäftsabläufen.³⁵ Die UB Bochum, welche 1962 gegründet wurde, war 1965 in der

³¹ Vgl. ebd., S. 158ff.

³² Vgl. Altenhöner, R. (2008). Ein neuer Bibliothekstyp entsteht. Die Fachhochschulbibliotheken. In Vodosek, P. und Arnold, W. (Hrsg.), Auf dem Wege in die Informationsgesellschaft, Wiesbaden: Harrassowitz, S. 168.

³³ Vgl. ebd., S. 183.

³⁴ Vgl. ebd., S. 134.

³⁵ Erste Impulse zur Automatisierung bibliothekarischer Arbeitsvorgänge gab es bereits Anfang der 50er Jahre von der Dokumentation, aber es fehlte noch die Rationalisierungsmotivation bzw. die Überzeugung anders zu Handeln, die mit der Gründung des Unterausschusses für Bibliotheksrationalisierung beim Bibliotheksausschuss der DFG Anfang der 60er Jahre erfolgte. Vgl. Schmidt, S. (2008). Siegeszug

Automatisierung von Katalogisierung und Ausleihverbuchung die Vorreiterin. Angesichts der erstmaligen Entwicklung eines elektronischen Formates zur Erfassung bibliographischer Daten, sprach man vom „Bochumer Modell“. Die Rationalisierung der Ausleihvorgänge stand aufgrund des Leseransturms im Hauptinteresse. Problemlösungen wurden jedoch zunächst ausschließlich auf lokaler Ebene gesucht. Die Maschinen hatten nur eine geringe Leistungsfähigkeit, so dass fachliche Anforderungen oftmals hinter den technischen Möglichkeiten zurückstehen mussten und die tatsächlichen Ergebnisse nur selten den Erwartungen genügten.³⁶ Vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Machbarkeitseuphorie war das Vorgehen dennoch attraktiv, denn eine einfache Formel versprach: Automatisierung = Rationalisierung. So führte Die Deutsche Bibliothek (DDB) in Frankfurt am Main 1966 die elektronische Erfassung der Titel der Deutschen Bibliographie ein. Die lokalen Datenbestände der Vorreiterbibliotheken wuchsen beständig, was die Begehrlichkeiten anderer Bibliotheken weckte. Je mehr Bibliotheken sich für die EDV interessierten, umso mehr stellte sich die Frage nach Kooperationsmöglichkeiten, denn die Technik war in Anschaffung und Betrieb ausgesprochen teuer.

Standardisierte Datenformate stellten dabei die Grundvoraussetzung für den Datenaustausch dar. Diese wurden damit ein wesentlicher Faktor für die Rationalisierungsbestrebungen der Bibliotheken durch Vernetzung. Ein Meilenstein war dafür die Entwicklung des Maschinellen Austauschformates für Bibliotheken (MAB1), welches 1973 zeitgleich zu den neuen, die Preußischen Instruktionen ablösenden, Regeln für die alphabetische Katalogisierung (RAK) fertig gestellt wurde.³⁷ Das damit ermöglichte kooperative Katalogisieren, entwickelte sich zur Kernmotivation für die Gründung von Verbundsystemen.

Die Idee und Umsetzung eines Gesamtdeutschen Kataloges der Bestände wissenschaftlicher Bibliotheken hatte seinen Ursprung Jahrzehnte vor der EDV-Einführung. In den 30er Jahren erschienen die ersten Bände des "Jahrhundertprojektes", welches mit Kriegsausbruch nicht mehr

der EDV. Revolutionierung der Bibliotheken. In Vodosek, P. und Arnold, W. (Hrsg.), Auf dem Wege in die Informationsgesellschaft, Wiesbaden: Harrassowitz, S. 259ff.

³⁶ Vgl. ebd., S. 261

³⁷ Vgl. ebd., S. 264.

weitergeführt wurde.³⁸ Nach 1945 wurde jedoch aufgrund zahlreicher Kriegsverluste, ein bibliotheksübergreifende Bestandsnachweis immer wichtiger, um lokale Defizite auszugleichen. Der mühsam angefangene Gesamtkatalog war aber bereits veraltet und so entschied man sich für den Aufbau regionaler Zentralkataloge, welche den Ursprung kooperativer Bibliotheksarbeit markierte. Jedes Bundesland beschritt auf diesem Gebiet eigene Wege. Bayern und Nordrhein-Westfalen gingen voraus.

Die Entwicklung des sogenannten COM-Katalogs ermöglichte die Bewältigung und Vervielfältigung großer Datenmengen und bot damit die folgenden Vorteile kooperativer Verbundarbeit: Fremddatenübernahme, Rationalisierung in Katalogisierung und Erwerbung, Erleichterung der Fernleihe über Katalogdirektbestellung.³⁹ Die Bibliotheken der neugegründeten Universitäten von Regensburg und Augsburg schufen 1970 die erste Verbundstruktur. Vier Jahre später erschien die Ausgabe des bayerischen Verbundkatalogs in Form eines Bandkatalogs, bei dessen Erstellung sich die Universitätsbibliotheken von Augsburg, Bayreuth, Bamberg und Regensburg beteiligt hatten. Bis 1982 treten die großen alten Universitätsbibliotheken von Erlangen-Nürnberg, der Technischen Universität München und Würzburg sowie die Bayerische Staatsbibliothek dem Bibliotheksverbund bei. Bayern hatte damit als erstes Bundesland ein einheitliches Verbundsystem. In Nordrhein-Westfalen wurde nach der Gründung der neuen Gesamthochschulen im Jahre 1972 eine neue Form von Dienstleistungseinrichtung zur Beförderung der Bibliothekskooperation an Hochschulen eingerichtet. Das Hochschulbibliothekszentrum (HBZ), dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung direkt unterstellt, hatte die Aufgabe die Einführung der EDV in den Bibliotheken zu koordinieren und eine Verbunddatenbank zu entwickeln.⁴⁰

Allmählich erfolgte der Umstieg von Offline- zu Online-Verbänden. Die Netze waren jedoch weithin lokal begrenzt, auf geschlossene Anwendergruppe beschränkt, sowie stark hierarchisch strukturiert.⁴¹ Sie waren de facto EDV-gestützte Katalogisierungssysteme zur anteiligen Aufga-

³⁸ Vgl. hier und im Folgenden: R. Schmidt, R. M. (2008). Vom Zentralkatalog zum Verbund. Fernleihsteuerungselemente und kooperative Katalogisierung. In Vodosek, P. und Arnold, W. (Hrsg.), Auf dem Wege in die Informationsgesellschaft, Wiesbaden: Harrassowitz, S. 221-224.

³⁹ Vgl. ebd., S. 227.

⁴⁰ Vgl. ebd., S. 228f.

⁴¹ Vgl. S.Schmidt2008, S. 272.

benteilung. Die Entwicklungen und Ergebnisse gestalteten sich jedoch höchst unterschiedlich. Wunsch und Wirklichkeit, Möglichkeiten und tatsächlich Realisiertes gingen vielfach auseinander. Dies ist Thema des folgenden Kapitels.

3 Bibliotheken während der Bildungskrise

3.1 Grundzüge der Ursachen und Folgen der Bildungskrise

Bis 1973 war die wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands von hohen Wachstumsraten gekennzeichnet. Die erste Ölpreiskrise im selben Jahr sowie der Zusammenbruch von Bretton Woods, veränderte die Weltwirtschaftslage negativ in Richtung Rezession und sogenannter Stagflation.⁴² In den Folgejahren kam es zur deutlich spürbaren Verringerung der Finanzkraft öffentlicher Haushalte bis hin zu hohen Haushaltsdefiziten. Die darauf reagierenden Sparmaßnahmen trafen insbesondere die kommunalen sowie die von Bund und Ländern gemeinsamen finanzierten Einrichtungen in Kultur und Wissenschaft. Die Machbarkeitseuphorie, der Zukunftsoptimismus war dahin. Einsicht in die Uneinlösbarkeit vieler Reformpostulate machte sich breit. Die von der Krise hervorgerufene neue Grundeinstellung weiter Teile der geistigen Elite war geprägt von Ernüchterung und Skepsis, Pessimismus und Resignation. Am Bildungssystem wurde sicht- und greifbar, dass das Steuerungsvermögen staatlicher Politik geringer war, als zuvor angenommen. Die Reformbestrebungen, welche mit dem Ziel verbunden waren, tiefgreifende Gesellschaftsveränderungen herbeizuführen, erzeugten zunehmend politische Spannungen vor allem seitens konservativer Kräfte.⁴³ Dies zeigte sich besonders deutlich anhand des Bildungsgesamtplans (BGP), welcher noch im ersten Krisenjahr verabschiedet wurde. Nach langem politischem Streit wurde der BGP schließlich 1982 aufgegeben, weil umfassende Bildungsplanungen aus parteiideologischen und finanziellen Gründen nicht mehr konsensfähig waren; der Glaube an die Möglichkeiten und organisatorischer Durchsetzung langfristiger Bildungsplanung war verloren.⁴⁴

⁴² Vgl. Steiner, A. (2008). Die siebziger Jahre als Kristallisationspunkt des wirtschaftlichen Strukturwandels in West und Ost? In Jaraus, Konrad(Hrsg.), Das Ende der Zuversicht?, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 29-48.

⁴³ Vgl. Rudloff, S. 262ff.

⁴⁴ Vgl. ebd., S. 267f.

Die massive Verknappung der öffentlichen Finanzmittel schuf ein Klima zunehmender Ökonomisierung der politischen Interessen. „Kontinuität und Konzentration“ war der zentrale Punkt in der Regierungserklärung Helmut Schmidts im Jahre 1974. Dem Bundeskanzler-Nachfolger Willi Brandts ging es in seinem Kurswechsel mit einer Abkehr vom Zukunftsoptimismus darum, die Grenzen des Machbaren zu erkennen und in der Gegenwart umzusetzen bzw. festzuhalten.⁴⁵

Dementsprechend wandelte sich die Bildungspolitik. Die Kultusministerkonferenz erstarkte gegenüber der 1970 gegründeten Bund-Länder-Kommission wieder zum entscheidenden bildungspolitischen Akteur. Der Deutsche Bildungsrat wurde 1975 aufgelöst. Wissenschaftsrat und Rektorenkonferenz distanzieren sich vom Modell Gesamthochschule und betonten die unterschiedlichen Berufsaufgaben von Fachhochschule und Universität.⁴⁶ Mit dem Hochschulrahmengesetz (1976) und der gesetzlichen Stärkung der Professoren gegenüber anderen Hochschulgruppen, endete eine Wachstums-, Experimentier- und Modernisierungsphase der Universitäten. Die zweite Hälfte der 70er Jahre waren geprägt von Reparaturversuchen an den Reformhochschulen sowie auch bei den alten Unistrukturen. Die Handlungen waren von zunehmendem Krisen- und Mangelbewusstsein gekennzeichnet: Der Arbeitsmarkt hatte nicht den erwarteten Bedarf an Akademikern decken können. Dies führte zu Einschnitten im Ausbau der Hochschulen und zum Bruch bei den Neugründungen. Die Planungen und Visionen korrelierten nicht mit dem finanziellen Spielraum. Eine vollkommene Abkehr von den in Gang gebrachten Hochschulreformen war dennoch nicht gewollt und auch nicht möglich. Differenzierungs- und Spezialisierungsprozesse gab es nahezu in allen Wissenschaftsbereichen. Hinzu kam, dass die Hochschulen seit 1977 den sogenannten Öffnungsbeschluss praktizierten, in dem weitaus mehr Studierende angenommen wurden, als Studienplätze zu vergeben waren. Das bis heute andauernde Überlastprogramm der Universitäten wurde Normalität.

⁴⁵ Vgl. Beyme1979, S. 282ff.

⁴⁶ Vgl. Althenhöner2008, S. 110.

3.2 Bibliothekspolitik – Wandel im Planungsverständnis

Die Bibliotheken und Bibliothekare konnten ihre hochgesteckten Ziele in dieser Situation nur schwer umsetzen. Die bibliothekspolitischen Planungen zu Beginn der 70er Jahre wurden vor dem Hintergrund einer verzögerten Rezeption gesamtstaatlicher Planungsansätze sowie aus der langjährigen Erfahrung wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung heraus hart erarbeitet. Dann folgte jedoch kurz darauf der wirtschaftliche Einbruch. Durch die verschlechterte wirtschaftliche Lage, bildete sich ein ungünstiges Klima für bibliothekarische Planungen. Zu lange wurden gewünschte Qualitäten und Leistungen stillschweigend vorausgesetzt, als würden sie sich mit dem Vorhandensein notwendiger Ressourcen von allein einstellen.⁴⁷ Dementsprechend illusorisch waren auch manche Aussagen im *Bibliotheksplan* '73. Hier ist insbesondere die Vorstellung des unmittelbaren Zusammenwachsens von Bibliotheken und Bibliothekssparten zu nennen. Laut Konrad Umlauf wurden, analog zu den Überlegungen im Bildungsgesamtplan, historisch gewachsene Strukturen und Kulturräume, vielfach unterschätzt.⁴⁸ Die Haushaltszwänge, welche vor allem die Bereiche Bestandsaufbau und Personal belasteten, taten ihr übriges.

So war eine Abkehr von umfassenden, perfektionistischen Planungsansprüchen zu qualitativ formulierten Perspektiven und Szenarios unausweichlich. Die sozialutopischen Elemente der Planungsinstrumente konnten nicht hinreichend in ein nachhaltig wirksames Organisationsgefüge verankert werden, zumal keine Bibliotheksgesetzgebung existierte und damit auch keine bundesweit einheitlichen Regelungen getroffen werden konnten.⁴⁹ Es erwuchs zudem die Erkenntnis und Erfahrung, dass einerseits nicht alles finanzierbar war und andererseits erreichte Ziele nicht zwangsläufig mit der Lebensqualität und Akzeptanz der Bürger einhergingen. Die Schlussfolgerung war eine Konzentration auf beispielhafte Projekte mit der Hoffnung auf impulshafte Wirkung. Dankert spricht vom Einzug einer Ökonomieutopie vom maximalen Einsatz der Ressourcen, nicht ausschließlich als Folge von Reformmüdigkeit und des Rückgangs von

⁴⁷ Vgl. Umlauf2008, S. 79.

⁴⁸ Vgl. ebd., S. 45ff.

⁴⁹ Vgl. Dankert2008, S. 239.

Finanzressourcen, sondern vielmehr als "ein Schritt zur Realisierung programmatischer Vorstellungen unter den gegebenen politischen wie wirtschaftlichen Bedingungen".⁵⁰

Dementsprechend wurden wirtschaftliches Handeln und Methoden zur Etatverwaltung, effiziente Organisationsstrukturen, optimale Kosten-Nutzen-Verhältnisse, evaluierbare Leistungsindikatoren sowie Methoden der Vergleichbarkeit und Standardisierung, zentrale Themen der Bibliothekspraxis und in zahlreichen Kongressen, Publikationen und Fortbildungsveranstaltungen aufgegriffen.⁵¹

3.3 Bibliotheksstruktur – Wunsch und Wirklichkeit der Umstrukturierungen

Der Wandel in der Bibliothekspolitik, der eine Hinwendung zu betriebswirtschaftlichem Planen und Handeln bedeutete, machte sich auch in den bibliothekarischen Strukturen bemerkbar. Hier gab es zwei Tendenzen: Die Abkehr von Umstrukturierungsplänen und -maßnahmen sowie eine deutlich verlangsamte Etablierung neuer Strukturen. Die Haushaltsdefizite der Länder wurden durch Kürzungsmaßnahmen in den Hochschulbibliotheken zunehmend spürbar. Dazu gehörten vor allem, entgegen aller vorheriger Planungen, die Senkung der Erwerbsetats sowie die Stagnation des personellen Ausbaus, was angesichts der zunehmenden Studierenden- bzw. Nutzerzahlen in vielen Bibliotheken, zu einer Verschlechterung der Literaturversorgung führte.⁵² Partiiell konnten die Defizite durch den Aufbau von sogenannten Büchergrundbeständen aufgefangen werden. Die Planbarkeit der Erwerbung wurde jedoch immer schwieriger, da die Zuweisung von Sondermitteln sehr kurzfristig war und von Jahr zu Jahr unsicherer wurde.⁵³

Die neugegründeten Fachhochschulbibliotheken bauten daher ihre eigenes Austauschgremium, die Arbeitsgemeinschaft der Fachhochschulbibliotheken (AG FHBD), auf.⁵⁴ Nachdem es bereits seit 1972 regelmäßige Treffen der Bibliotheksleiter gegeben hatte, wurde diese 1977 gegründet

⁵⁰ Vgl. ebd., S. 240.

⁵¹ Hier ist insbesondere die Reihe „Bibliothekspraxis“ zu nennen.

⁵² Die individuelle Bibliothekssituation ist stets zu berücksichtigen, denn regional gab bzw. gibt es ein Ausstattungsgefälle. Denn: Eine strukturelle Verdichtung in einem einschichtigen Bibliothekssystem war nicht automatisch mit einer räumlichen Verdichtung verbunden.

⁵³ Vgl. Altenhöner 2008, S. 189.

⁵⁴ Vgl. ebd., S. 190.

und 1982 in der Sektion 4 des DBV offiziell anerkannt. Die AG beschäftigte sich als nützliches Organ zur Besprechung von Problemen und Herausforderungen, schwerpunktmäßig mit den folgenden Themenbereichen: Information- und Führungsprobleme durch dezentralen Aufbau der Bibliothekssysteme, Etatsituation, Fragen zur EDV-Einführung, Verbundteilnahme und Bibliotheksbau. Für die Fachhochschulbibliotheken war es ein langwieriger Prozess bis weit in die 90er Jahre hinein, sich durchzusetzen.⁵⁵ Obwohl die Mehrheit den tradierten Arbeitsmethoden und Angebotsprofilen des wissenschaftlichen Hochschulbibliothekswesens folgte, bildeten die 70er und 80er Jahre eine Voraussetzung dafür, eine besonders nah an die Nutzerbedürfnisse orientierte Organisationsstruktur mit Innovationspotential zu entwickeln. Je nach fachlicher Ausrichtung, bekamen die Fachhochschulbibliotheken die Funktion einer regionalen Literaturversorgung. Doch die unterschiedliche Intensität in der Einführung der EDV wirkte sich uneinheitlich in der Bedeutung der einzelnen Einrichtungen aus. Die Fachhochschulbibliotheken in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg waren hier führend.

Zur gleichen Zeit wurde der Auf- und Ausbau von Bibliotheksverbänden immer wichtiger. Der größte deutsche Forschungsförderer, die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), erkannte deren Notwendigkeit zur überregionalen Literaturversorgung und nahm sich im Jahre 1980 mit speziellen Empfehlungen zum Aufbau regionaler Verbundsysteme des Themas an.⁵⁶ Bereits seit 1973 förderte der Bibliotheksausschuss der DFG Entwicklungsprojekte auf dem Gebiet der EDV in Bibliotheken, z.B. zur Einrichtung von Bibliotheksrechenzentren als zentrale Dienstleistungseinrichtungen. Im Rahmen des Informations- und Dokumentations-Programms der Bundesregierung (kurz: IuD-Programm) wurden zwar Fachinformationszentren gefördert, die Bestandsnachweise fehlten jedoch.⁵⁷ Daher sollten Bibliotheken mit dem IuD-Bereich besser zusammenarbeiten. So kam es seitens der DFG zur Forderung nach einem nationalen Informati-

⁵⁵ Vgl. ebd., S. 191ff.

⁵⁶ Vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Bibliotheksausschuß. Unterausschuß für Datenverarbeitung. (1980). Empfehlungen zum Aufbau regionaler Verbundsysteme und zur Einrichtung regionaler Bibliothekszentren. Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie (27), (S. 189–204).

⁵⁷ Vgl. hier und folgend R.Schmidt2008, S.233-237. Zur Interpretation des IuD-Programms vgl. Herget, J. (2005). Das Programm der Bundesregierung zur Förderung der Information und Dokumentation (IuD-Programm) 1974-1977 (Eine Kurzfassung). In Herget, J.; Hierl, S. und Seeger, T. (Hrsg.), Informationspolitik ist machbar?!, Frankfurt am Main: DGI, S. 63–108.

onsverbund auf der Grundlage regionaler Verbände. Man stellte sich die Errichtung und Stärkung von sieben eng zusammenarbeitenden Online-Verbundsystemen, analog zu Leihverkehrsregionen, vor. So entstanden nach und nach neue Verbundstrukturen: Der Südwestdeutsche Bibliotheksverbund (SWB) ging nach siebenjähriger Entwicklungsphase 1985 in den Probebetrieb. Die Aufnahme des Routinebetriebs folgte 1986. Bayern stellte 1987 auf ein Online-Verbundsystem um. Der Hessische Bibliotheksverbund HeBiS bot im selben Jahr seine Dienstleistungen an. Die Stadtstaaten Berlin und Hamburg waren ebenso im Aufbau ihrer Bibliotheksverbände begriffen.

3.4 Bibliotheksarbeit – Folgen der Ökonomisierung des Bibliotheksbetriebs

Der Aufbau der Verbund- bzw. Kooperationsstrukturen machte folglich einen Großteil der bibliothekarischen Arbeit aus. „Online“ und „Integrierte Systeme“ wurden zu den häufigsten Begriffen der Fachdiskussion. Unzählige Pionierarbeiten und Experimente trugen den unzureichenden fachlichen Standards Rechnung, bis sich kommerzielle Anbieter professioneller Bibliothekssoftware herausbildeten. Neue Speichermedien (CD-ROMS) und Datennetze (Datenbanken) machten neue Bibliotheksservices möglich. So wurden beispielsweise Informationsvermittlungsstellen (IVS) eingerichtet, die Recherchen zentral nach Auftragsprinzip bearbeiten.⁵⁸ Je mehr Bibliotheken sich für EDV interessierten, umso mehr stellte sich die Frage nach Kooperation, denn die Anschaffung der Technik bedeutete teure Großinvestitionen.

Über Chancen und Konsequenzen von Investitionen machte man sich in den Bibliotheken, wie schon im Kapitel 3.2 angedeutet, zunehmend Gedanken. Sie mussten dabei die Balance zwischen effizienter Bibliotheksverwaltung (Stichwort Kostenkontrolle) und attraktivem Dienstleistungsangebot im Sinne einer nutzerorientierten Literaturversorgung finden. So wurde festgestellt, dass die wiederentdeckte Freihandaufstellung im Vergleich zur deutlich billigeren Magazinierung des Bestands, im Widerspruch zum Managementgedanken der Bibliotheken stand: Während sich eine Magazinierung aus betriebswirtschaftlicher Sicht für die Bibliotheken kostengünstiger darstellte und damit als beste Lösung erschien, wäre jedoch gleichzeitig die Wir-

⁵⁸ Vgl. S.Schmidt2008, S. 271f.

kung und das Ansehen der Bildungsinstitutionen in Mitleidenschaft gezogen.⁵⁹ Insofern standen die Bibliotheken im Spannungsfeld zwischen dem Angebot von Serviceleistungen und der Effektivierung der eigenen Betriebsabläufe. In dieser Situation waren (und sind) die Bibliotheken dazu angehalten, mit tendenziell sinkendem Budget ein Höchstmaß an Service mit steigendem Niveau anzubieten. Der Berufstand konnte sich jedoch nur schwer darauf einstellen. Diesbezüglich kritisiert Jochum rückblickend, dass der bibliothekarische Nachwuchs zwar auf bestehende Verhältnisse angepasst, aber nicht angeleitet wurde, auf Veränderungen von Bibliotheks- und Katalogpraxis adäquat reagieren zu können.⁶⁰ Es wurde zwar eine glühende Berufsbilddebatte geführt, aber personelle und berufliche Konsequenzen, also eine Reform der Abteilungs- und Laufbahnstrukturen, blieb aus.⁶¹ Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der vor der rasanten Entwicklung der EDV zu betrachten. In der Mitte der 80er Jahre setzte der Personal Computer (PC) neue Impulse für die flächendeckende Verbreitung von automatisierten Bibliotheksabläufen. Die Mikroelektronik kippte das Kräfteverhältnis zwischen den Einrichtungen mit langjähriger und denjenigen ohne EDV-Erfahrung. Eine deutliche Verbesserung von Effektivität und Effizienz im Sinne von Kostenersparnis, ließ sich damit jedoch nur bedingt erreichen, denn im Zuge der digitalen Revolution stand und steht die Bibliotheksarbeit vor immer wieder neuen Herausforderungen, die Mittelkürzungen kaum rechtfertigen.

4 Bibliotheken zwischen Boom und Krise in internationaler Perspektive – Die Beispiele England und Schweden

4.1 Bildungspolitik – Zwischen Gleichheitsanspruch und Effizienz

Sowohl In England als auch in Schweden entwickelte sich nach dem zweiten Weltkrieg eine Strukturanalogie zwischen sozialem Sicherungssystem und Bildungswesen. Nach dem Grundsatz sozialer Gleichheit sollte eine Grundversorgung an Bildung erreicht werden.⁶² Diese bildungspolitische Gleichheitstendenz, die auch im Hochschulwesen zum Tragen kam, soll zum

⁵⁹ Vgl. Jochum2008, S. 155.

⁶⁰ Vgl. Jochum2008, S. 157f.

⁶¹ Vgl. ebd.

⁶² Vgl. Rudloff2008, S. 252f.

Anlass genommen werden, beide Länder mit vergleichendem Blick nach Deutschland, näher zu untersuchen.

In England wurde dieser Anspruch erstmals im Erziehungsgesetz (Education Act) von 1944 ausgesprochen, konnte jedoch nicht zeitnah eingelöst werden. In den 60ern und 70er Jahren war daher die *comprehensivation* von Schulstrukturen und höherer Bildung das große Reformthema, indem – wie in den meisten europäischen Ländern – die „Interdependenzen von Klassenstruktur und Bildungschancen“ im Mittelpunkt standen.⁶³ Neben intensiven Aktivitäten im Schulbereich, wurde die soziale Öffnung auch im Hochschulwesen angestrebt. Das englische Hochschulwesen war traditionell von einer hochgradigen Organisation des Studiums mit strukturierter Abfolge von Kursen und genau definierten Anforderungen gekennzeichnet. Eine zentrale Zulassungsstelle koordinierte mit dem Ziel einer besseren und gerechteren Verteilung die Studienplätze; dennoch konnten die Universitäten zusätzlich, aufgrund ihrer Autonomie mittels individueller Verfahren, über die Auswahl der Studienanfänger selbst entscheiden.⁶⁴ Bereits 1963 gab der sogenannte Robbins-Report Impulse zur Erweiterung des Hochschulwesens und zur Diskussion ihrer gesellschaftspolitischen Bedeutung. Innerhalb eines Jahrzehnts verdoppelten sich die Studentenzahlen und ein zweiter, stark berufsbezogener Hochschulsektor wurde ab 1966 mit den Polytechnics und Colleges aufgebaut.⁶⁵ Sie sind mit den deutschen Fachhochschulen vergleichbar. Die Polytechnics und Colleges unterstanden, da sie mehrheitlich aus den Institutionen der Further Education hervorgegangen waren, den *Local Education Authorities* (LEA), also den Kommunen. Als öffentliche Einrichtungen des Hochschulwesens mussten Kurse und Abschlüsse extra von den Universitäten validiert werden. Neben derartigen Einrichtungen spielte die 1971 gegründete Open University (OU) eine zunehmend wichtige Rolle in der Erwachsenenbildung. Diese konnte einer wachsenden Zahl von bis zu 70.000 Studenten gleichzeitig, Kurse aus

⁶³ Vgl. ebd.

⁶⁴ Vgl. Glowka, D. (1996). England. In Anweiler, O.; Boos-Nünning, U.; Brinkmann, G.; Glowka, D. und Goetze, D. (Hrsg.), *Bildungssysteme in Europa*, Weinheim: Beltz, S. 74.

⁶⁵ Dazu gehörte auch, dass viele Colleges of Advanced Technology Universitätsstatus erhielten. Damit wurde Mitte der 60er Jahre ein neuer Universitätszweig, die Technological Universities, begründet.

einer Kombination des Gebrauchs von Fernsehen, gedruckten Kursmaterialien, Sommerschulen sowie lokale Tutorenarbeit, anbieten und genoss schnell internationale Anerkennung.⁶⁶

Schweden galt (und gilt immer noch) als das Musterland skandinavischer Wohlfahrtsstaatlichkeit mit gesellschaftspolitischer Ausrichtung der Bildungspolitik und -reformen. Diese ist in den 60er und 70er Jahren von deutschen Bildungsplanern interessiert rezipiert worden.⁶⁷ Bildung genoss auf höchster Regierungsebene in Schweden eine besondere Wertschätzung. Als Indiz dafür, seien mehrere Ministerpräsidenten des Landes, welche zuvor Bildungsminister waren, angeführt. Schweden stieß bereits kurz nach dem 2. Weltkrieg weitreichende Umstrukturierungen des gesamten Bildungswesens an.⁶⁸ Die Grundlagen für das günstige Reformklima bildeten, laut Schäfer, die jahrzehntelang stabilen Mehrheitsverhältnisse zugunsten der Sozialdemokraten, der zentralistische Staatsaufbau und einfache Verwaltungsstrukturen.⁶⁹ Rudloff sieht jedoch vielmehr die Soziale Gleichheit als Leitnorm für die schwedische Gesellschaft, als maßgebend an.⁷⁰ Es galt dabei das Prinzip des egalitären Universalismus, in dessen Zentrum die Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den Bildungsinstitutionen, eine Entschärfung von Selektionsinstrumenten, und damit der Ausgleich des Chancengefälles standen.⁷¹ Eine Reform des Hochschulwesens stand in den 70er und 80er Jahren im Mittelpunkt, welche, analog zur früheren Umgestaltung des Primar- und Sekundarschulwesens in den 50er und 60er Jahren, ein integriertes Gesamthochschulwesen bzw. ein einziges Hochschulsystem (högskola) der sechs Universitäten, 17 Fachhochschulen und 16 Spezialeinrichtungen zum Ziel hatte.⁷² Dennoch ist laut Schäfer diese Integration formal geblieben, da zwischen Forschungs- und Lehrinrichtungen mitunter große Profilunterschiede nicht zu beseitigen waren.⁷³ 1986 wurde mit der Einleitung einer Personalreform an Hochschulen und der Lehrerausbildung, ein jahrzehntelang währender Reform-

⁶⁶ Vgl. Glowka1996, S. 73.

⁶⁷ Vgl. Rudloff2008, S. 246.

⁶⁸ Vgl. Schäfer, H.-P. (1996). Schweden. In Anweiler, O.; Boos-Nünning, U.; Brinkmann, G.; Glowka, D. und Goetze, D. (Hrsg.), *Bildungssysteme in Europa*, Weinheim: Beltz, S. 194.

⁶⁹ Vgl. Schäfer1996, S. 195.

⁷⁰ Vgl. Rudloff2008, S. 248.

⁷¹ Vgl. ebd.

⁷² Vgl. Schäfer1996, S. 205f.

prozess beendet, dessen Umfang und Geschlossenheit auf internationaler Ebene eine Ausnahme bildete.⁷⁴

Eine sozial- und gesellschaftspolitische Orientierung von Bildungspolitik für die 1960er und frühen 1970er Jahre, war also auch international verbreitet. Somit gab es nicht nur in der Bundesrepublik einen Bildungsboom. Die Hochschulexpansion führte in allen Industriegesellschaften zur Stärkung der staatlichen Rolle in der Koordination und Sicherung der gesellschaftlichen Relevanz der Hochschulen.⁷⁵ Die soziale Öffnung der Hochschulen durch Zulassungsreformen, die Abschwächung der Hochschulhierarchien sowie die Einführung neuer, integrativer Formen des Studiums – insbesondere das Fernstudium – waren als bildungspolitische Ziele omnipräsent. Dies blieb jedoch nicht lange so.

Mit dem politischen Wechsel im Jahre 1979, forderte die neue konservative Regierung Englands die Universitäten dazu auf, nun verstärkt den Bedürfnissen der Wirtschaft zu genügen. Einerseits, um sich teilweise mit Einwerbung von Drittmitteln selbst zu finanzieren, andererseits um zunehmend berufsqualifizierende Studienprogramme und Studienabschlüsse anzubieten. Somit setzte 1979 eine grundlegende Veränderung des englischen Bildungssystems ein.⁷⁶ Mit der Abwertung der LEAs im Sinne einer Abkehr von der regionalen wahl-demokratischen Grundlage des Bildungswesens zu selbständig handelnden Einrichtungen, erweiterte die Regierung ihren Wirkungskreis und setzte auf Standardisierung und Praxisorientierung. Zudem hielten Wirtschaftlichkeit und Marktorientierung bzw. das Beleben von Konkurrenz Einzug. Drastische Sparmaßnahmen im Bildungsbereich führten in den 80er Jahren zur Verminderung bzw. Einstellung von Angeboten der LEAs. Die „Manpower Services Commission“ wurde wichtigster Geldgeber in der Erwachsenenbildung und gestalteten diese noch stärker berufsbezogen bzw. begleitend.⁷⁷ Nach dem Motto „payment on results“ bzw. „money for value“ wurde ein Belohnungssystem unter der Verwendung von Leistungsindikatoren eingeführt. Man legte deutlich

⁷³ Vgl. ebd., S. 206.

⁷⁴ Vgl. ebd., S. 194.

⁷⁵ Vgl. Rudloff2008, S. 239.

⁷⁶ Vgl. Glowka1996, S. 76ff.

⁷⁷ Vgl. ebd., S. 73.

Wert auf von Effektivität geleitete, kontinuierliche Arbeit an konkreten Bildungszielen sowie auf deren Kontrolle, was 1988 zum Education Reform Act führte.⁷⁸

Das schwedische Bildungswesen war zur gleichen Zeit von einer vergleichbaren Krise vorerst verschont geblieben.⁷⁹ Die langjährigen konsequenten und kontinuierlichen Bildungs- und Sozialreformen sowie eine weitgehend gleichbleibende Stabilität der öffentlichen Haushalte, boten offensichtlich ausreichend Planungssicherheit und Handlungsspielraum für fortlaufende Reformaktivitäten.

4.2 Bibliothekspolitik – Zwischen Förderung und Forderungen

In England gab es seit jeher keine zentrale, nationale Administration für das gesamte Bibliothekswesen. Die Bibliotheken standen stets in der Abhängigkeit der finanzierenden Institutionen und Organisationen, dem sogenannten „parent body“.⁸⁰ Für die englischen Universitätsbibliotheken bedeutete dies eine institutionell, politisch und wirtschaftliche Gebundenheit und Abhängigkeit von der Trägeruniversität. Der Hochschulautonomie entsprechend, unterstanden die Bibliotheken dem lokalen Library Committee, mit Mitgliedern aus Universitätssenat und Council, unter anderem verantwortlich für die Bibliotheksordnung, für die Aufteilung des Etats und für die Vertretung von Empfehlungen und Forderungen gegenüber anderen Universitätsgremien.⁸¹ Das University Grand Committee (UGC) hält seit 1921 nationale Kontrolle über Finanzen der Universitäten und hatte bereits im Gründungsjahr die Bedeutung der Bibliotheken für die Effektivität und Wirkung der Universitäten erkannt.⁸² Wie in Deutschland, bekamen jedoch auch die britischen wissenschaftlichen Bibliotheken, im Zuge des Ausbaus des Bildungssektors, eine größere Aufmerksamkeit. 1967 dokumentierte der *Parry Report* ein verändertes Selbstverständnis der Bibliotheken von Wissensbewahrern zur Serviceinstitution und empfahl die Entwicklung

⁷⁸ Vgl. ebd., S. 77.

⁷⁹ Die öffentlichen Haushalte Schwedens gerieten in den 1990er Jahren in finanzielle Schieflage, was eine neue Reformwelle des Gesetzgebers auslöste.

⁸⁰ Vgl. Simon, E. (1985). *Bibliothekswesen in England*. Eine Einführung, München: Saur., S. 9ff.

⁸¹ Vgl. ebd., S. 30f.

⁸² Aufgrund der Universitätsautonomie, der wirtschaftlichen Rezessionen der 20er und 30er Jahre sowie dem 2. Weltkrieg, kam es jedoch nicht zu signifikanten Verbesserungen. Vgl. Brophy, P. (2005). *The academic library*, 2. Aufl., London: Facet Publ., S. 30.

einer nationalen Struktur des Bibliothekswesens.⁸³ Im Report wurden, ähnlich den fortgeschrittenen deutschen Bibliotheksplänen, konkrete Etatkennzahlen festgehalten. So sollten im Idealfall sechs Prozent des universitären Gesamtetats für die Bibliothek aufgewandt werden.⁸⁴ Ein Highlight des Ausbaus des englischen Bibliothekswesens war im Jahre 1973 die Gründung der British Library als Nationalbibliothek mit dem British Museum als Zentrum.⁸⁵

Bald darauf gab es jedoch die ersten Einschnitte zu beklagen. Waren die 60er Jahre für die englischen Bibliotheken eine Dekade des Baus neuer Bibliotheksgebäude und hoher Bestandsexpansion, so spürten diese nur wenig später, den von Öl- und Wirtschaftskrise hervorgerufenen ökonomischen Mangel. Durch fehlende Finanzmittel kam die Bestandsentwicklung zum Erliegen und es gab große Probleme bei den Raumkapazitäten, sowohl bei alten als auch bei neu gebauten Bibliotheken.⁸⁶ Dieser Umstand wurde 1976 im *Atkinson Report*, benannt nach dem Leiter einer vom UGC berufenen Arbeitsgruppe, kritisiert. In dem Bewusstsein, dass man bei weitem nicht allen Wünschen nach baulichen Erweiterungen entsprechen könnte, drang die Arbeitsgruppe auf eine kontrovers aufgenommene, jedoch alternativlose „Selbsterneuerung“ der Bibliotheken, welches massive Bestandsaussonderungen beinhaltete.⁸⁷ Die angespannte Situation sollte sich erst mit dem *Follet Report* im Jahre 1993 ändern. In der von Bildungsförderinstitution in Auftrag gegebenen Untersuchung zur Situation der Hochschulbibliotheken, wurde vor dem Hintergrund des massiven Anstiegs von Studierendenzahlen – von 517.000 im September 1988 auf 811.000 im März 1992 – die dringende Notwendigkeit einer Verbesserung bibliothekarischer Ausstattung und Literaturversorgung festgestellt und mit konkreten Empfehlungen zur deutlich verbesserten Budgetierung untermauert.⁸⁸

Die schwedische Wertschätzung und Förderung von (Volks-)Bildung und der ausdauernden Umgestaltung derselben, war nicht zuletzt am Bibliothekswesen ablesbar. Die große

⁸³ Vgl. Simon1985, S. 31.

⁸⁴ Vgl. Brophy2005, S. 32.

⁸⁵ Die British Library wurde zum Kristallisationspunkt des englischen Bibliothekswesens auf- und ausgebaut. Vgl. Simon1985, S. 40-48.

⁸⁶ Vgl. Brophy2005, S. 33.

⁸⁷ Vgl. ebd.

⁸⁸ Vgl. ebd. S. 34-40.

Annerkennung öffentlicher wie wissenschaftlicher Bibliotheken seit der Nachkriegszeit, spiegelt das Konzept des lebenslangen Lernens (livslangt lärande) als Faktor für die Sicherung der wirtschaftlichen Stellung und technologischen Entwicklung Schwedens wieder. Hier nahm die Erwachsenenbildung eine deutliche bedeutsamere Rolle ein, als im deutschen Bildungswesen.⁸⁹ Das Ideal für alle Bürger möglichst kostenfreien Zugang zu aller Art von Medien und Information zu schaffen, drückte sich laut Doersing in der sozialdemokratischen Tradition Schwedens und dem damit verbundenen „Volksheim“(folkhem)-Gedanken aus.⁹⁰ Die Politik erkannte frühzeitig die Notwendigkeit des Ausbaus und der Zusammenarbeit von Bibliotheken unabhängig von der Trägerschaft. Die Forderung und Förderung von Kooperation und Koordination war (und ist) aufgrund der Landesstruktur (dünne Besiedelung, große Entfernungen) wichtiger Bestandteil bibliothekspolitischen Agierens.⁹¹ Nach einer Konzentration auf die öffentlichen Bibliotheken in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten, rückte daraufhin das wissenschaftliche Bibliothekswesen in den Vordergrund. Ab 1965 tagte regelmäßig der Forschungsbibliotheksrat (Forskningsbiblioteksradet - FBR), um sich über gemeinsame Interessen abzustimmen. Hier ging es hauptsächlich um Arbeitsaufteilung, gemeinsame bibliographische Projekte, und Rationalisierungsmaßnahmen.⁹² Diese engen Abstimmungen wurden deshalb getroffen, weil den sieben großen Universalbibliotheken des Landes, die Königliche Bibliothek (Kungliga Biblioteket) und den sechs Universitätsbibliotheken, eine Doppelfunktion zugemessen wurde: Sie hatten die lokale und regionale Informationsversorgung zu erfüllen und gleichzeitig die Verpflichtung, auch national zu wirken.⁹³ Dementsprechend wurden die Universitätsbibliotheken, durch die finanzielle Anbindung an die Universitäten, im Zuge der Hochschulreform 1977 auf-

⁸⁹ Vgl. Doersing, R. (2001). Das schwedische Bibliothekswesen. Bestandsaufnahme und aktuelle Tendenzen, Berliner Handreichungen zur Bibliothekswissenschaft (Band 93), Berlin: Institut für Bibliothekswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin. URL: <http://www.ib.hu-berlin.de/~kumlau/handreichungen/h93/> [Zuletzt geprüft am 04.02.2010], S. 24.

⁹⁰ Vgl. ebd.

⁹¹ Dementsprechend fand das System große internationale, insbesondere deutsche, Beachtung. Vgl. Wienholz, H. (2002). Umea oder die Exotik des Nordens. Ein Blick auf das wissenschaftliche Bibliothekswesen in Schweden. BuB (54), Nr. 2, S. 82.

⁹² Vgl. Callmer, C. (1983). Schweden. In Nielsen, T. und Callmer, C. (Hrsg.), Bibliotheken der nordischen Länder in Vergangenheit und Gegenwart, Wiesbaden: Reichert, S. 215.

⁹³ Vgl. ebd., S.216.

gewertet,⁹⁴ auch wenn es zunächst nicht so aussah. Mit der Reform, die auch zahlreiche kleinere Hochschulen und dazugehörige Bibliotheken hervorbrachte, kam nämlich die zunächst Befürchtung auf, dass durch die Veränderung der Trägerschaft die Bedeutung der Universitätsbibliotheken und damit die Informationsversorgung, spürbar sinken würden. Mit dem Aufbau eines Systems von Sondersammelgebietsbibliotheken („ansvarsbibliotekerna“), nach deutschem Vorbild und der gesetzlichen Zusicherung des Pflichtexemplarrechts für die Universitätsbibliotheken (1979), zerschlugen sich die Sorgen in der Folgezeit.⁹⁵ Dazu trug auch die im Jahre 1988 gegründete Abteilung der Königlichen Bibliothek für landesweite Planung und Koordination zur Koordinierung und Verbesserung der landesweiten, dezentralen wissenschaftlichen Informationsversorgung für Forschung und Lehre (BIBSAM - "Kungliga bibliotekets sekretariat för nationell planering och samordning"). Dies stellte eine weitere Institutionalisierung der Kooperationsaktivitäten der schwedischen Bibliotheken dar.⁹⁶

Das schwedische Bibliothekswesen kam im Gegensatz zu Deutschland und England erst in den 90er Jahren in Bedrängnis, da in dieser Zeit vor dem Hintergrund der vergleichsweise späten Krise öffentlicher Haushalte, Bibliotheksschließungen und Privatisierungsdiskussionen aufkamen. Der Staat reagierte 1996/97 mit der Verabschiedung des Schwedischen Bibliotheksgesetzes. Er schuf mit diesem einen rechtsverbindlichen Rahmen für den Unterhalt von Bibliotheken und die Informationsversorgung der Bevölkerung.⁹⁷

4.3 Bibliotheksstruktur – Zwischen Autonomie und Kooperation

Im Zuge des Ausbaus der englischen, akademischen Ausbildungseinrichtungen mit der Gründung von Polytechnics, den neuen Fachhochschulen, entstanden an diesen natürlich auch Bibliotheken. Die Pendanten der Colleges und der örtlichen *Institutes for Further Education* gingen oftmals in denen der Universitäten und denen der moderneren Polytechnics auf.⁹⁸ Die Einführung der strukturellen Einschichtigkeit gestaltete sich in englischen Unibibliotheken selbst-

⁹⁴ Vgl. Doersing, S. 14.

⁹⁵ Vgl. ebd.

⁹⁶ Vgl. Wienholz2002, S. 83.

⁹⁷ Vgl. Doersing, S. 16f.

⁹⁸ Vgl. Simon1985, S. 29.

verständlicher und konsequenter als in Deutschland. Neuere Unibibliotheken wurden vorrangig ohne Institutsbibliotheken geplant, denn diese wurden von Library Committees wegen höherer Kosten ohne deutlich spürbaren Mehrwert sehr kritisch betrachtet und nur bei externen Fachbereichscampus als Ergänzung in Betracht gezogen.⁹⁹ Außerdem herauszuheben: Von den Bibliotheken der Polytechnics kamen im Vergleich zu anderen Ländern stärkere Impulse zu neuen Entwicklungen bzw. Innovationen, die auf die Universitätsbibliotheken übergingen. Dazu zählten unter anderem der Tutor Librarian, welcher die Funktion der Bibliothek als Bildungseinrichtung durch Vermittlung der bibliothekarischen Arbeit verkörperte und zusammen mit dem Subject Specialist (Fachreferenten) die Schnittstelle zwischen Bibliothek und Universität bildete,¹⁰⁰ eine veränderte Personal- und Verwaltungsstruktur, angeregt durch sich wandelnde Studien- und Lesebedürfnissen, die Einrichtung von Lernmittelzentren sowie eine verstärkte Einbindung von Nichtbuchmaterialien in den Bestand.¹⁰¹ Mit der British Library entstand unter unabhängiger Kontrolle und Management (British Library Board) erstmals ein Zentrum des nationalen Bibliothekswesens mit der Wahrnehmung grundlegender Funktionen: Zentrale Sammelstelle aller Medien, Zentrale Ausleihe, Planung und Koordination des Leihverkehrs, Publikation nationaler Bibliographien, Nationales Bibliographisches Zentrum, Nationales Magazin, Tauschzentrum und weitere Funktionen u.a. die Erforschung neuer Bibliothekstechniken.¹⁰²

Doch zunehmender ökonomischer Druck ließ nicht nur Bauvorhaben stagnieren, auch Kooperationsstrukturen und -aktivitäten waren im Wandel begriffen. Die fortschreitende EDV-Entwicklung, finanzielle Engpässe und der neuartige Einfluss der British Library auf Standardisierung der Dienstleistungen, führten zu neuen Organisationsformen, den Verbänden. Insofern gab es auch hier unter den Ländern Parallelen. Es entstanden „consortia“, „networks“, bibliographical centres and coordinating committees“, „local and regional cooperative schemes – lokale und regionale Verbundsysteme, z.B. SWALCAP, BLMCP oder LASER.¹⁰³ Die Zusammenarbeit erforderte jedoch die Aufgabe der bis dato selbstverständlichen Autonomie. Hier war

⁹⁹ Vgl. ebd., S. 36.

¹⁰⁰ Vgl. ebd., S. 36f.

¹⁰¹ Vgl. ebd., S. 39.

¹⁰² Vgl. ebd., S. 41f.

¹⁰³ Vgl. ebd.

eine ausgleichende Struktur und Organisation der Kooperationssysteme gefragt, gerade wenn unterschiedliche Bibliothekstypen im Verbund aufeinandertrafen.

Auch in Schweden wurden in den 70er Jahren, als die Politik sich dem sekundären Bildungssektor zuwandte, eine Reihe kleinerer Hochschulen gegründet, die ihre eigenen Bibliotheken aufbauten.¹⁰⁴ Der Gefahr der Zersplitterung des wissenschaftlichen Bibliothekswesens Schwedens wurde jedoch mit der Stärkung der großen Universalbibliotheken in Richtung einschichtiger Struktur und verbesserter Ausstattung begegnet. Zwei Beispiele: Die Universität Stockholm begründete mit der Zusammenführung mehrerer Bereichsbibliotheken 1971 eine große Zentralbibliothek auf einem Campus. Diese wurde 1977 organisatorisch von der Königlichen Bibliothek unabhängig und verschmolz ein Jahr später mit der Bibliothek der Schwedischen Akademie der Wissenschaften.¹⁰⁵ Die UB Linköping, gegründet 1969, zeichnete sich ebenso durch ein modernes Organisations- und Managementkonzept aus, in Alternative zum traditionellen zweischichtigen System aus und wurde unter dem Namen "Linköpingsmodellen" international bekannt.¹⁰⁶ Ferner entstand mit dem integrierten Bibliothekssystem LIBRIS ab 1970 unter der Leitung der königlichen Bibliothek, ein nationales Projekt zur kooperativen Katalogisierung, zur Bereitstellung eines zentralen Instruments in den Beständen der angeschlossenen Bibliotheken und zur Abwicklung der Fernleihe. Der Netzwerkbetrieb mit Online-Technologie nahm 1980 seine Arbeit auf.¹⁰⁷

4.4 Bibliotheksarbeit – Zwischen Tradition und Innovation

Dem Einzug der elektronischen Datenverarbeitung war eine internationale Herausforderung, deren sich Bibliotheken und Bibliothekare in ihrer Arbeit zu stellen hatten, ganz gleich ob in Deutschland, England, Schweden oder anderswo.

¹⁰⁴ Vgl. die Liste schwedischer wissenschaftlicher Bibliotheken bei Doersing2001, S. 55f.

¹⁰⁵ Vgl. Callmer1983, S. 198f.

¹⁰⁶ Dies ist deshalb bemerkenswert, weil die konventionelle hierarchische Struktur auch für die wissenschaftlichen Bibliotheken in Schweden die Regel war, so bei den UB's von Uppsala und Lund. Vgl. Wienholz2002, S. 84

¹⁰⁷ Vgl. Doersing, S. 34f.

In einem persönlichen Rückblick schildert die britische Bibliothekarin Alison Wilson ihren Eindruck des Wandels. Für das Ende der 60er Jahre konstatiert sie noch, dass das Bibliothekswesen charakterisiert sei durch „garantierte Anstellung für qualifiziertes Personal; langfristige Verträge, meistens lebenslang; unflexibles Personal, das aber sehr loyal gegenüber der Organisation war; stark hierarchische Strukturen; konstante Arbeitsinhalte; eine technische Ausstattung, die auf Schreibmaschinen und Mikrofilmlesegeräte beschränkt war sowie eine externe, garantierte Finanzierung.“¹⁰⁸ Sie meint das gesamte Bibliothekswesen, wenn sie davon spricht, dass in der EDV eine greifbare Chance zur Leistungssteigerung durch Reduzierung von Bürotätigkeiten gesehen wurde, um die steigenden Anforderungen hinsichtlich Kataloganfragen und Ausleihen zu bewältigen. Durch die Fokussierung auf Kosteneffektivität und Effizienz im Zuge des politischen und wirtschaftlichen Wandels, kam es jedoch zu einem Zweifel an der Leistungsfähigkeit von Bibliotheken und zum bis heute andauernden Rechtfertigungsdruck: „Wenn vorher angenommen wurde, daß mehr Geld in Bibliotheken deren Standard verbessern und Benutzungsraten erhöhen würde, dann führte die neue „Geschäftskultur“ der Thatcher-Jahre die Bibliotheken dazu, ihre Existenz rechtfertigen zu müssen. In den 80ern wurden wissenschaftliche und öffentliche Bibliotheken finanziell sehr stark eingeschränkt, und viele special libraries mußten schließen.“¹⁰⁹ Insgesamt stand das englische Bibliothekswesen vor weitreichenden Folgen: Reduzierung des Personals, insbesondere der Professionellen Bibliothekare, Bevorzugung von Managementstrukturen unter Anleitung von billigen, halbprofessionellen Kräften, der Verlust von Arbeitnehmerloyalität mit der Folge von Zunahme von Stellenwechseln. Daraufhin entstand eine Negativspirale: Engagierung externer Berater durch Verlust hausinterner Kenntnisse, befristete Projektarbeit, Outsourcing genuin bibliothekarischer Dienste, Erhebung von Gebühren für bestimmte Dienstleistungen, Atmosphäre steigenden Wettbewerbs unter starker Akzentuierung des Kundenbedarfs; unter dem Strich ging es damals wie heute um „gutes Management, die Einführung neuer Technologien, strategisches Planen und Budgetkontrolle.“¹¹⁰ Erst 1993 mit dem Follet Report wurde laut Wilson ein Durchbruch in der Erkenntnis der Bedeutung des

¹⁰⁸ Vgl. Wilson, A. (1998). Aktuelle Entwicklungen in britischen Bibliotheken. *Bibliotheksdienst* (32), Nr. 10, URL: http://bibliotheksdienst.zlb.de/1998/1998_10_Ausland01.pdf [Zuletzt geprüft am 14.02.2010], S. 1715.

¹⁰⁹ Vgl. Wilson 1998, S. 1715.

¹¹⁰ Vgl. ebd., S. 1716.

Informationszeitalters erzielt und intensiver in Informationsstrukturen und –angeboten investiert.¹¹¹ Auch wenn Wilson hier ein düsteres Bild zeichnet, hinsichtlich internationaler Kooperationen waren englische Bibliotheken führend. 1977 kam der erste Schritt zur Angleichung der Ausbildungsgänge auf europäischer Ebene vom britischen Projekt MEILLEUR (Mobility of Employment International for Librarians in Europe. Professional Staff-Exchanges and Secondments between Libraries in Western Europe). 1982 kam es außerdem zur Gründung einer Arbeitsgruppe zur europäischen Zusammenarbeit zwischen Bibliotheken, in dem englische Bibliotheken vielfach als Depositbibliotheken für Dokumente der EG fungierten.¹¹²

Die skandinavischen, darunter auch die schwedischen, wissenschaftlichen Bibliotheken und Bibliothekare waren aufgrund der Landesstrukturen Vorreiter im Bereich des EDV-Einsatzes.¹¹³ Da diese neben lokalen, auch regionale und nationale Aufgaben wahrzunehmen hatten, lag der gezielte Einsatz neuer Informationstechniken und enge Kooperation nahe. Es ging darum, trotz der zentralen Organisation des Bibliothekswesens, die dezentrale Literaturversorgung stets zu verbessern.¹¹⁴ Dies lief zwar nicht gänzlich ohne Probleme ab,¹¹⁵ aber vor signifikanten Einschränkungen blieben die schwedischen Bibliotheken bis weit in die 90er Jahre verschont. Es lässt sich vielmehr eine Intensivierung der bibliothekarischen Arbeit, auch auf internationaler Ebene, konstatieren. Die 1972 gegründete, inoffizielle Arbeitsgemeinschaft der Nordischen Länder (NFBS) wurde 1977 von dem Verbund NORDINFO abgelöst und damit unter anderem die Arbeit an einem gemeinsamen Erwerbungsplan, sowie am Nordischen Gesamtkatalog für ausländische Periodika vorangetrieben.¹¹⁶

¹¹¹ Vgl. ebd., S. 1717ff.

¹¹² Vgl. Simon1985, S. 66.

¹¹³ Vgl. Wienholz2002, S. 86.

¹¹⁴ Vgl. ebd., S. 84

¹¹⁵ Zum Beispiel gab es vor allem nach der Hochschulreform von 1977, im schwedischen Leihverkehr (fjärrlån) Ärger und teilweise heftige Debatten dadurch, dass eine geringe Anzahl von Bibliotheken bei einem Großteil der Fernleihen als Geber fungierte, ohne finanziell dafür entschädigt zu werden. Vgl. Doersing, S. 39.

¹¹⁶ Vgl. ebd. S. 43f.

5 Schlussbetrachtung

Die Untersuchung hat gezeigt, dass die 70er und 80er Jahre des 20. Jahrhunderts Dekaden des Wandels für das deutsche, wie für das internationale, wissenschaftliche Bibliothekswesen waren. Der Bildungsboom, der bereits Mitte der 60er Jahre eingesetzt hatte, bedeutete für die Bibliotheken eine grundsätzliche Um- und Aufwertung ihrer Aufgaben. In ihrem Anspruch der Schaffung von Chancengleichheit durch unbeschränkten, möglichst barrierefreien Zugang zu Information, wandelten sich die Bibliotheken zu modernen Bildungsdienstleistern zur Erfüllung der Benutzerwünsche hinsichtlich einer auf diese ausgerichteten Informationsvermittlung. Dieser Anspruch kam in einer Reihe von Bibliotheksplänen zum tragen, dessen Realisierung durch ein gut ausgestattetes, spartenübergreifendes, eng kooperierendes Bibliotheksnetz erreicht werden sollte. Um den neuen Anforderungen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund eines stark anwachsenden Publikationsaufkommens gerecht zu werden, sahen die Bibliotheksplaner mit dem Ziel der Rationalisierung und Effektivierung der Bibliotheksverwaltung eine Umstrukturierung des Hochschulbibliothekswesens, geprägt von der Durchsetzung einer strukturellen Einschichtigkeit mit für das jeweilige Hochschulbibliothekssystem gesamtverantwortlichen Zentralbibliotheken, vor. Die Einführung elektronischer Datenverarbeitung zur sukzessiven Automatisierung und Integration der bibliothekarischen Geschäftsgänge (insbesondere Katalogisierung und Ausleihe) hatte hier eine Schlüsselrolle inne. Die EDV breitete sich seit den 60er Jahren in mehrfacher Hinsicht aus: quantitativ, (Anzahl der Einrichtungen), funktional (Umfang der Arbeitsbereiche) und qualitativ (Leistungsvermögen der Hard- und Software).¹¹⁷

Dieser gewollte, in der Fachdiskussion intensiv reflektierte Prozess, war aber nicht davon geprägt, die Bibliotheken innerhalb von kürzester Zeit umzuwälzen. Es ist eher von einer allmählichen Durchdringung der Einrichtungen zu sprechen, da es neben Vorreiterbibliotheken, welche z.B. Anfang der 70er Jahre in die elektronische Verbundkatalogisierung, auch Bibliotheken gab, die erst Ende der 80er Jahre oder auch noch später damit begannen, ihre Arbeitsprozesse mit EDV zu unterstützen. Das ist mit der wirtschaftlichen Krisensituation ab Mitte der 70er, sie bedeutete das Ende der Bildungsexpansion und eine partielle Ab- und Umkehr von Reformen,

¹¹⁷ Vgl. S.Schmidt, S. 281.

zu begründen. Am Bildungssystem wurde sicht- und greifbar, dass das Steuerungsvermögen staatlicher Politik im Bereich des gesellschaftlichen Wandels geringer war, als zuvor zukunfts-optimistisch angenommen wurde. Die Politik setzte auf einen neuen Pragmatismus in Erkennung der Grenzen des Machbaren. Dies ist auch an der Bibliotheksplanung erkennbar. Das Ziel eines kooperierenden Bibliotheksnetzes wurde zwar beibehalten, aber weitaus weniger visionär unter Einbeziehung realistischerer, konkreter Kennzahlen formuliert. Durch die fortschreitende Verschlechterung der Finanzsituation öffentlicher Haushalte kam es zu Mängeln in der Informationsversorgung und zwangsläufig zum Umdenken in den Bibliotheken, dass man dem hohen Anspruch der Schaffung gleicher Bildungschancen nicht gerecht werden kann. Statt Utopien wurden konkrete betriebswirtschaftliche Themen und Managementmethoden zur Effektivierung der Bibliothekspraxis immer wichtiger. Der Druck der öffentlichen Unterhaltsträger, sei es nun Bund, Länder oder städtische wie ländliche Kommunen, welche sich von der Bibliotheksautomatisierung zunehmend Kostensenkung v.a. durch Personalabbau versprochen und auch durchsetzten, nahm zu. Das Konzept der Einschichtigkeit war in der Fachwelt lange umstritten und in seiner Durchsetzung gehemmt. Die erhofften Vorteile durch die EDV-Nutzung in der Bibliotheksverwaltung erfüllten sich nur in kleinen Schritten, da sich die Technik selbst erst noch in der Pionierphase befand.

Dennoch wurde der im Zuge der Bildungsexpansion grundsätzlich eingeschlagene Weg der Schaffung eines einer nutzerorientierten, kooperativen Bibliothekswesens beibehalten. Mit der Entwicklung und Durchsetzung des World Wide Webs ab den 90er Jahren, sind die Bibliotheken mit einer neuen Herausforderung konfrontiert. Die sogenannte Digitale Revolution, deren Möglichkeiten Chancen, Probleme und Konsequenzen für Mensch und Gesellschaft noch immer nicht vollständig absehbar sind, hält die Bibliotheken bis heute in Atem. Sie müssen sich als Informationsdienstleister ständig neu positionieren und beweisen. In diesem Sinne schließe ich mich der Einschätzung des „Siegzugs“ der EDV von Siegfried Schmidt als eine „Evolution auf leisen Sohlen“ an, welche in meinen Augen auch für den Wandlungsprozess in den Bibliotheken allgemein konstatieren kann. Man denke nur über die Informationstechnik hinaus:

„Langsam und mühsam waren die Anfänge, vielfältig die Widerstände und Bedenken. Die Planungen, Weichenstellungen und Entscheidungen der 70er und 80er Jahre spiegeln so-

wohl das technisch machbare, als auch das gegenüber den Entscheidungsträgern Durchsetzbare wieder", doch es gibt immer wieder veränderte Rahmenbedingungen und technische Neuerungen, die Abänderungen und neue Wege notwendig machten.¹¹⁸

In den 70er und 80er Jahren veränderte sich vor allem der Bibliotheksbetrieb in seinem Geschäftsgang, Organisation und Charakteristik des Arbeitsplatzes. In welchem Umfang sich die Institution Bibliothek selbst, ihre Rolle in der Wissenschaft, und ihre physische Existenz im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung des (Arbeits-)Lebens wandelt, ist noch ungeklärt. Dieser Prozess ist noch längst nicht zu Ende

6 Literaturverzeichnis

Altenhöner, R. (2008). *Ein neuer Bibliothekstyp entsteht. Die Fachhochschulbibliotheken*. In Vodosek, P. und Arnold, W. (Hrsg.), *Auf dem Wege in die Informationsgesellschaft*, Wiesbaden: Harrassowitz, S. 167–195.

Anweiler, O. (1996). *Deutschland*. In Anweiler, O.; Boos-Nünning, U.; Brinkmann, G.; Glowka, D. und Goetze, D. (Hrsg.), *Bildungssysteme in Europa*, Weinheim: Beltz, S. 31–56.

(1975). *Gesamtplan für das wissenschaftliche Bibliothekswesen. Universitäten* (Band 1), Pullach bei München: Verlag Dokumentation.

Arbeitsstelle für das Büchereiwesen (1969). *Bibliotheksplan 1969*, Berlin: Deutscher Büchereiverband e.V.

Beyme, K. von (1979). *Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt*, München u.a.: Hanser.

Brophy, P. (2005). *The academic library*, 2. Auflage, London: Facet Publ.

Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände (1994). *Bibliotheken '93. Strukturen - Aufgaben - Positionen*, 1. Aufl., Berlin: Dt. Bibliotheksinstitut. URL: http://www.bibliotheksportal.de/fileadmin/0bibliotheken/Bibliothek_der_Zukunft/dokument_e/bibliotheken93.pdf [Zuletzt geprüft am 19.02.2010].

Callmer, C. (1983). *Schweden*. In Nielsen, T. und Callmer, C. (Hrsg.), *Bibliotheken der nordischen Länder in Vergangenheit und Gegenwart*, Wiesbaden: Reichert, S. 163–225.

Dahrendorf, R. (1965). *Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik*, Berlin: Nannen.

¹¹⁸ Vgl. ebd.

- Deutsche Bibliothekskonferenz (1973). *Bibliotheksplan '73. Entwurf eines umfassenden Bibliotheksnetzes für die Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: Deutsche Bibliothekskonferenz.
URL:
http://www.bibliothekportal.de/fileadmin/0bibliotheken/Bibliothek_der_Zukunft/dokumente/bibliotheksplan1973.pdf [Zuletzt geprüft am 19.02.2010].
- Deutsche Forschungsgemeinschaft. Bibliotheksausschuß. Unterausschuß für Datenverarbeitung. (1980). *Empfehlungen zum Aufbau regionaler Verbundsysteme und zur Einrichtung regionaler Bibliothekszentren*. Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie (27), S. 189–204.
- Doersing, R. (2001). *Das schwedische Bibliothekswesen. Bestandsaufnahme und aktuelle Tendenzen*, Berliner Handreichungen zur Bibliothekswissenschaft (Band 93), Berlin: Institut für Bibliothekswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin. URL: <http://www.ib.hu-berlin.de/~kumlau/handreichungen/h93/> [Zuletzt geprüft am 04.02.2010].
- Führ, C. (1997). *Deutsches Bildungswesen seit 1945. Grundzüge und Probleme*, Neuwied: Luchterhand.
- Glowka, D. (1996). *England*. In Anweiler, O.; Boos-Nünning, U.; Brinkmann, G.; Glowka, D. und Goetze, D. (Hrsg.), *Bildungssysteme in Europa*, Weinheim: Beltz, S. 57–82.
- Herget, J. (2005). *Das Programm der Bundesregierung zur Förderung der Information und Dokumentation (IuD-Programm) 1974-1977 (Eine Kurzfassung)*. In Herget, J.; Hierl, S. und Seeger, T. (Hrsg.), *Informationspolitik ist machbar?!*, Frankfurt am Main: DGI, S. 63–108.
- Jaraus, K. (Hrsg.) (2008). *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Jochum, U. (2007). *Kleine Bibliotheksgeschichte*, Reclams Universal-Bibliothek (Band 17667), 3., verb. und erw. Aufl., Stuttgart: Reclam.
- Jochum, U. (2008). *Erfolgreiches Scheitern. Alte und neue Bibliotheken in den 1970er und 1980er Jahren*. In Vodosek, P. und Arnold, W. (Hrsg.), *Auf dem Wege in die Informationsgesellschaft*, Wiesbaden: Harrassowitz, S. 147–166.
- Kuhlmann, H. J. (1998). *Vom deutschen Büchereiverband zum Deutschen Bibliotheksverband 1849 bis 1973*. In Ruppelt, G. (Hrsg.), *Bibliothekspolitik in Ost und West*, Frankfurt a.M.: Klostermann, S. 5–32.
- Mittler, E. (2008). *Bibliotheksplan Baden-Württemberg. Ziele und Ergebnisse*. In Vodosek, P. und Arnold, W. (Hrsg.), *Auf dem Wege in die Informationsgesellschaft*, Wiesbaden: Harrassowitz, S. 81–96.
- Picht, G. (1964). *Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation*, Olten, Freiburg i. Br.: Walter.
- Rudloff, W. (2008). *Bildungspolitik als Sozial- und Gesellschaftspolitik. Die Bundesrepublik in den 1960er- und 1970er-Jahren im internationalen Vergleich*. In Boll, F. und Kruke, A. (Hrsg.), *Der Sozialstaat in der Krise*, Bonn: Dietz, S. 237–268.

- Schäfer, H.-P. (1996). *Schweden*. In Anweiler, O.; Boos-Nünning, U.; Brinkmann, G.; Glowka, D. und Goetze, D. (Hrsg.), *Bildungssysteme in Europa*, Weinheim: Beltz, S. 193–212.
- Schmidt, S. (2008). *Siegeszug der EDV. Revolutionierung der Bibliotheken*. In Vodosek, P. und Arnold, W. (Hrsg.), *Auf dem Wege in die Informationsgesellschaft*, Wiesbaden: Harrassowitz, S. 257–284.
- Simon, E. (1985). *Bibliothekswesen in England. Eine Einführung*, München: Saur.
- Steiner, A. (2008). *Die siebziger Jahre als Kristallisationspunkt des wirtschaftlichen Strukturwandels in West und Ost?* In Jaraus, K. (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht?*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 29–48.
- Teichler, U. (2005). *Hochschulstrukturen im Umbruch. Eine Bilanz der Reformdynamik seit vier Jahrzehnten*, Frankfurt: Campus-Verl.
- Umlauf, K. (2008). *Bibliotheksplan 1969 und Bibliotheksplan 1973. Anspruch und Realisierung*. In Vodosek, P. und Arnold, W. (Hrsg.), *Auf dem Wege in die Informationsgesellschaft*, Wiesbaden: Harrassowitz, S. 27–80.
- Wang, J. (1990). *Das Strukturkonzept einschichtiger Bibliothekssysteme. Idee und Entwicklung neuerer wissenschaftlicher Hochschulbibliotheken in der Bundesrepublik Deutschland*, Beiträge zur Bibliothekstheorie und Bibliotheksgeschichte (Band 4), München: Saur.
- Wienholz, H. (2002). *Umea oder die Exotik des Nordens. Ein Blick auf das wissenschaftliche Bibliothekswesen in Schweden*. BuB (54), Nr. 2, S. 82–86.
- Wilson, A. (1998). *Aktuelle Entwicklungen in britischen Bibliotheken*. Bibliotheksdienst (32), Nr. 10, S. 1714–1720. URL: http://bibliotheksdienst.zlb.de/1998/1998_10_Ausland01.pdf [Zuletzt geprüft am 14.02.2010].
- Wissenschaftsrat (1964). *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen. Wissenschaftliche Bibliotheken* (Band 2), Tübingen: Mohr.